



GLB für Frieden und Abrüstung

Bei der Gründung des überparteilichen ÖGB am 13. April 1945 durch Johann Böhm (SPÖ), Lois Weinberger (ÖVP) und Gottlieb Fiala (KPÖ) war ein wesentlicher Konsens das Motto „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“, was sich dann auch in der Programmatik des ÖGB niederschlug. Auch die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) sieht sich diesem Auftrag verpflichtet, wie das auch im aktuellen Programm des GLB „13 Punkte für ein besseres Leben“ von 2016 im Punkt 13 „GLB für ein soziales, antifaschistisches, friedliches und demokratisches Europa“ betont wird.

Hier heißt es unter anderem „Aufrüstung bedeutet aber nicht nur die Gefahr in kriegerische Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden, sondern geht erwiesenermaßen auch auf Kosten sozialer Ansprüche. Mit dem EU-Vertrag und der darin verankerten Aufrüstungsverpflichtung erhält die Militarisierung der EU Verfassungsstatus“. Und der GLB fordert in seinem Programm unter anderem den „Erhalt der immerwährenden Neutralität durch eine aktive Neutralitätspolitik. Keine Beteiligung Österreichs an der Euro-Armee und Interventionseinsätzen. Austritt aus der NATO-Partnerschaft. Auflösung des Bundesheeres“.

In diesem Sinne war und ist dem GLB die Mitwirkung in verschiedenen Initiativen für Frieden und Abrüstung schon seit Jahrzehnten selbstverständlich. So etwa in der großen Friedensbewegung in den 1980er Jahren oder bei der Unterstützung des jährlichen Aktionstages der Hiroshima-Gruppe in Wien anlässlich des Jahrestages des Abwurfes von Atomwaffen über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki am 6. bzw. 8. August 1945, bei dem die weiterhin vorhandene Gefahr durch 13.865 Atomwaffen (Stand 2019) von USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea thematisiert wird.

Dabei versteht der GLB den Kampf für Frieden und Abrüstung umfassend und in Verbindung mit sozialen Anliegen – weil Rüstung bereits in Friedenszeiten tötet, indem enorme Mittel und Ressourcen für Rüstung verschwendet und damit einer zivilen Nutzung für soziale, ökonomische, ökologische, kulturelle und entwicklungspolitische Zwecke entzogen werden.

Deutlich wird das mit den weltweiten Rüstungsausgaben: Laut dem schwedischen Forschungsinstitut SIPRI wurden 2019 gigantische 1.917 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben, davon allein mehr als ein Drittel, nämlich 732 Mrd. Dollar von den USA, gefolgt mit deutlichem Abstand von China (261), Indien (71), Russland (66), Saudi-Arabien (62) und Frankreich (50).

Rüstung ist das Geschäft mit dem Tod: Daher kritisiert der GLB auch den internationalen Waffenhandel, insbesondere in Krisenregionen und mit Despotenregimen. Ist doch die Lieferung von Rüstungsgütern eine der Hauptursachen von Kriegen, Bürgerkriegen und bewaffneten Konflikten und damit auch ein wesentlicher auslösender Faktor großer Fluchtbewegungen. Daher tritt der Gewerkschaftliche Linksblock auch für den Stopp aller Waffenexporte und die Konversion der Rüstungsindustrie in zivile Produktionen ein.

Die Haltung des GLB widerspiegelt sich ausgehend vom Programm in verschiedenen Initiativen in Gewerkschaften, Arbeiterkammern und von Betriebsräten, durch die Mitarbeit im Weltgewerkschaftsbund und im Gewerkschaftsnetzwerk der Europäischen Linken sowie im GLB-Magazin „Die Arbeit“. Es freut uns, wenn nunmehr mit dem Aktionsbündnis AbFaNG ein neuer Ansatz einer breiten Friedensbewegung entstanden ist, dem der GLB gerne angehört. Alle Infos über den GLB gibt es auf www.glb.at.